

Sonntagskolumne Südostschweiz, 1. November 2009

Integration von behinderten Kindern in die Schule ist überfällig

Die beiden Basler Halbkantone wollen vorwärts machen: Die Integration von behinderten Kindern in die Regelschule soll zur Normalität werden. Dazu liegt nun das sonderpädagogische Konzept vor. Doch statt sich über diesen Meilenstein zu freuen und an der Umsetzung aktiv mitzuarbeiten, laufen Lehrerverein und Lehrerergewerkschaft dagegen Sturm. Es wird gar ein Integrationsmoratorium verlangt. Unsere Volksschule soll also weiter die Ausgrenzung vorantreiben, welche die Chancengleichheit untergräbt, enorme Kosten verursacht und quer zum gesellschaftlichen Wandel steht? Am 13. Dezember 2006 hat die Uno eine umfangreiche Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Sie stellt ein wichtiges Instrument dar, um die Diskriminierung der weltweit 650 Millionen Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu bekämpfen. Bis heute warten wir leider auf den Bundesrat, der die Ratifizierung dem Parlament vorlegen sollte. Dies, obwohl die Schweiz mit dem verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbot sowie einem Behindertengleichstellungsgesetz bereits wichtige Grundlagen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat. Doch wir sind Weltmeister in der Aussonderung. Nirgends sonst werden so viele Kinder in Sonderschulen unterrichtet wie in der Schweiz. Das ist alarmierend, sind doch die Bemühungen um die Integration von behinderten Kindern in die Regelschule schon seit Jahren ein wichtiges Thema, nicht nur in Fachkreisen, sondern auch für die betroffenen Familien und die Behindertenorganisationen. 2007 haben auch die Kantone reagiert und die so genannte «Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich Sonderpädagogik» verabschiedet. Mit der Unterzeichnung des Konkordats verpflichten sich die Kantone, die schulische Integration zu fördern. Doch was heisst schulische Integration? Integration heisst immer: sich miteinander auseinandersetzen, mit- und voneinander lernen. Die Rahmenbedingungen dafür sind zentral: Eine integrative Volksschule braucht die nötigen Ressourcen wie kleinere Klassen, Team-Teaching und die Zusammenarbeit aller Fachpersonen. Es lohnt es sich, einen Blick über die Grenzen zu werfen. Zum Beispiel ins italienische Südtirol, wo mehrheitlich Deutsch gesprochen wird. Das Schulsystem ist mit dem unsrigen zumindest in den ersten Schuljahren vergleichbar. Zwei entscheidende Unterschiede gibt es jedoch: Erstens gibt es keine Kleinklassen, sondern alle Kinder eines Jahrgangs werden gemeinsam in derselben Klasse unterrichtet. Zweitens sind die Kinder vom ersten Schuljahr an bei drei oder vier Lehrpersonen im Unterricht. In aller Regel organisieren sich die Primarschulen so, dass drei Lehrpersonen im Vollpensum oder vier Lehrpersonen im Teilpensum gemeinsam für den gesamten Schulalltag von zwei Klassen verantwortlich sind. Eine dieser Lehrpersonen hat eine heilpädagogische Zusatzausbildung und ist in der Lage, die Kinder mit Beeinträchtigungen zu unterstützen. Sie unterstützt auch ihre Kolleginnen und Kollegen, etwa bei der individuellen Lernzielanpassung. Von der Allrounderin als Einzelkämpferin hat sich eine solche Schule längst verabschiedet. Bei uns spukt dieses Scheinideal, wonach die Klassenlehrperson zu allem fähig und für alles zuständig sein muss, leider immer noch in den Köpfen weiter und verhindert sinnvolle Reformen. Schulen, die in der Arbeit mit den Klassen zu echter Teamverantwortung und Arbeitsteilung gefunden haben, würden um nichts in der Welt mit unserem bisherigen System tauschen wollen. Den gewerkschaftlich organisierten Lehrerinnen und Lehrern ist dringend geraten, für einmal über den Tellerrand der Schweiz zu schauen, um zu sehen, wie unsere Volksschule der Zukunft aussehen könnte.